

Ostermarsch 2025

Kriege können nicht verhindert werden, ohne das kapitalistische System zu bekämpfen

In unserer Region wie in vielen anderen Teilen der Welt werden weiterhin Kriege geführt.

Nicht nur das, Kriegsvorbereitungen und Kriegspropaganda sind zu einem festen Bestandteil unseres Alltags geworden, ob wir wollen oder nicht. Während die Bourgeoisie unter verschiedenen Vorwänden die völkermörderischen Massaker in Palästina unterstützt, tut sie ihr Bestes, damit der Krieg in der Ukraine weitergeht, bis der letzte russische und ukrainische Soldat verblutet ist.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die sich einst mit Demokratie und Menschenrechten brüsteten, insbesondere Deutschland, bereiten sich nicht nur militärisch auf einen Krieg vor, sondern der soziale Angriff auf die Arbeiter:innen, die Armen und die Migrant:innen begleitet diesen Prozess. Während das so genannte demokratische System keine Revolutionäre duldet, die sich nicht auf den Kampf gegen das Establishment beschränken, sondern auf die Alternative zu diesem System, den Sozialismus, hinweisen, wartet die faschistische Partei als größte Oppositionspartei im Parlament auf ihre Stunde.

Menschen, die verarmt sind und keine Hoffnung für die Zukunft haben, werden dazu verführt, in die Armee einzutreten, um eine Karriere im Töten und Sterben zu machen. Diejenigen, die es nicht nötig haben, werden aufgefordert, Kriege im Namen des „Schutzes der Demokratie“ zu unterstützen. In einem Umfeld, in dem dem Sozialismus die Luft zum Atmen genommen wird, bleibt den verzweifelten Massen, die einen radikalen Wandel wollen, keine andere Wahl, als faschistische Parteien zu wählen.

Die Linke und die von ihr geprägte Friedensbewegung hingegen sind nicht nur verzweifelt, sondern ausweglos und folgen den Kriegstreibern und suchen bei ihnen Hilfe.

SPD und Grüne, die gerade im Bundestag einen Hunderten Milliarden Euro schweren Haushalt für Rüstung, Geheimdienste und Krieg beschlossen haben und täglich Kriegsge-

heul von sich geben, treten am nächsten Tag als Hauptredner auf einer antifaschistischen Antikriegsdemonstration auf. Wir wissen auch, dass die angeblich „andere“ Linkspartei in den Bundesländern, in denen sie Koalitionspartner ist, in den Landtagen den Kriegshaushalt beschlossen hat und der Parteivorstand der Linkspartei keinen Mucks dazu gesagt hat.

In der Türkei hofft die größte sozialdemokratische Oppositionspartei CHP, die den illegitimen Angriffen der AKP-Regierung ausgesetzt ist, auf die Hilfe der Kriegsorganisation NATO, der imperialistischen EU und der prokapitalistischen europäischen Sozialdemokraten.

Ob in Deutschland, in der Türkei oder in irgendeinem anderen Land der Welt: Wenn die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Menschen abgewehrt werden sollen, wenn Kriegsvorbereitungen verhindert werden sollen, wenn der Kampf für den Frieden verstärkt werden soll, dann muss auch der Kampf gegen den Kapitalismus geführt werden, der die Wurzel all dieser Probleme ist.

Kriege brechen nicht aus, weil verrückte Politiker und Militärs Krieg wollen, sondern weil das Kapital in Krisen gerät und die internationalen Märkte an die Konkurrenz verloren gehen. Das System selbst ist verrückt. Märkte, die mit wirtschaftlicher Macht nicht zurückgewonnen werden können, versucht man den Konkurrenten mit militärischer Macht zu entreißen.

Das Kapital verliert Märkte und Geld, die Werktagen verlieren ihr Leben für das Kapital. Wir haben kein Blut zu vergießen für die Interessen des Kapitals.

**Wer den Frieden retten will,
muss zuerst die kapitalistische
Kriegsordnung bekämpfen.
Sozialismus für die Werktagen,
Sozialismus für den Frieden!**

**Deutschland-Organisation
der Kommunistischen
Partei der Türkei (TKP)**



info@tkp-deutschland.com



www.tkp-deutschland.com



AlmanyaTKP

Ostermarsch 2025

Kriege können nicht verhindert werden, ohne das kapitalistische System zu bekämpfen

In unserer Region wie in vielen anderen Teilen der Welt werden weiterhin Kriege geführt.

Nicht nur das, Kriegsvorbereitungen und Kriegspropaganda sind zu einem festen Bestandteil unseres Alltags geworden, ob wir wollen oder nicht. Während die Bourgeoisie unter verschiedenen Vorwänden die völkermörderischen Massaker in Palästina unterstützt, tut sie ihr Bestes, damit der Krieg in der Ukraine weitergeht, bis der letzte russische und ukrainische Soldat verblutet ist.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die sich einst mit Demokratie und Menschenrechten brüsteten, insbesondere Deutschland, bereiten sich nicht nur militärisch auf einen Krieg vor, sondern der soziale Angriff auf die Arbeiter:innen, die Armen und die Migrant:innen begleitet diesen Prozess. Während das so genannte demokratische System keine Revolutionäre duldet, die sich nicht auf den Kampf gegen das Establishment beschränken, sondern auf die Alternative zu diesem System, den Sozialismus, hinweisen, wartet die faschistische Partei als größte Oppositionspartei im Parlament auf ihre Stunde.

Menschen, die verarmt sind und keine Hoffnung für die Zukunft haben, werden dazu verführt, in die Armee einzutreten, um eine Karriere im Töten und Sterben zu machen. Diejenigen, die es nicht nötig haben, werden aufgefordert, Kriege im Namen des „Schutzes der Demokratie“ zu unterstützen. In einem Umfeld, in dem dem Sozialismus die Luft zum Atmen genommen wird, bleibt den verzweifelten Massen, die einen radikalen Wandel wollen, keine andere Wahl, als faschistische Parteien zu wählen.

Die Linke und die von ihr geprägte Friedensbewegung hingegen sind nicht nur verzweifelt, sondern ausweglos und folgen den Kriegstreibern und suchen bei ihnen Hilfe.

SPD und Grüne, die gerade im Bundestag einen Hunderten Milliarden Euro schweren Haushalt für Rüstung, Geheimdienste und Krieg beschlossen haben und täglich Kriegsge-

heul von sich geben, treten am nächsten Tag als Hauptredner auf einer antifaschistischen Antikriegsdemonstration auf. Wir wissen auch, dass die angeblich „andere“ Linkspartei in den Bundesländern, in denen sie Koalitionspartner ist, in den Landtagen den Kriegshaushalt beschlossen hat und der Parteivorstand der Linkspartei keinen Mucks dazu gesagt hat.

In der Türkei hofft die größte sozialdemokratische Oppositionspartei CHP, die den illegitimen Angriffen der AKP-Regierung ausgesetzt ist, auf die Hilfe der Kriegsorganisation NATO, der imperialistischen EU und der prokapitalistischen europäischen Sozialdemokraten.

Ob in Deutschland, in der Türkei oder in irgendeinem anderen Land der Welt: Wenn die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Menschen abgewehrt werden sollen, wenn Kriegsvorbereitungen verhindert werden sollen, wenn der Kampf für den Frieden verstärkt werden soll, dann muss auch der Kampf gegen den Kapitalismus geführt werden, der die Wurzel all dieser Probleme ist.

Kriege brechen nicht aus, weil verrückte Politiker und Militärs Krieg wollen, sondern weil das Kapital in Krisen gerät und die internationalen Märkte an die Konkurrenz verloren gehen. Das System selbst ist verrückt. Märkte, die mit wirtschaftlicher Macht nicht zurückgewonnen werden können, versucht man den Konkurrenten mit militärischer Macht zu entreißen.

Das Kapital verliert Märkte und Geld, die Werk-tätigen verlieren ihr Leben für das Kapital. Wir haben kein Blut zu vergießen für die Interessen des Kapitals.

**Wer den Frieden retten will,
muss zuerst die kapitalistische
Kriegsordnung bekämpfen.
Sozialismus für die Werktäti-
gen, Sozialismus für den Frie-
den!**

**Deutschland-Organisation
der Kommunistischen
Partei der Türkei (TKP)**



info@tkp-deutschland.com



www.tkp-deutschland.com



f AlmanyaTKP